

Freie Wähler wollen in Hessen regieren

Von Hans Dieter Erlenbach

STADTHALLE Erstmals ein Bundesparteitag in Groß-Gerau / Kinkel: „Lohn unserer Arbeit“ / Nominierung von Europakandidaten

GROSS-GERAU - Auf ihrem Bundesparteitag in der Groß-Gerauer Stadthalle haben die Freien Wähler ihre Kandidaten für die Europawahl nominiert. Spitzenkandidatin ist Ulrike Müller aus dem Oberallgäu, die seit vier Jahren im Europaparlament sitzt. Auf den Plätzen zwei und drei folgen die Landesvorsitzenden aus Hessen, Engin Eroglu, und Rheinland-Pfalz, Stefan Wefelscheid. Bisher haben die Freien Wähler zwei Sitze im Europaparlament.

Dem früheren Groß-Gerauer Bürgermeister Helmut Kinkel ist der Bundesparteitag in Groß-Gerau zu verdanken. Immerhin hat es bisher noch keine örtliche Partei geschafft, eine solche Veranstaltung in die Kreisstadt zu holen. Allerdings kritisierten viele der 332 Delegierten die Parksituation rund um die Stadthalle. Der Bauhof hatte die Halteverbotsschilder des Stadtlafes aus den umliegenden Straßen noch nicht entfernt, sodass viele Delegierte glaubten, dort nicht parken zu dürfen und ihre Fahrzeuge weitab von der Stadthalle abstellten.

Politisch fühlen sich die Freien Wähler völlig unterschätzt, wie ihr Bundesvorsitzender Hubert Aiwanger kritisierte. In Kommunen und Kreistagen seien sie oft drittstärkste politische Kraft, aber auf Landes- und Bundesebene seien die Ergebnisse unbefriedigend.

Aiwanger hatte auch gleich die Schuldigen gefunden: die Medien, die Veranstaltungen der Freien Wähler oft ignorierten. Auch beim Bundesparteitag in Groß-Gerau waren lediglich zwei lokale Zeitungen anwesend.

Helmut Kinkel, von Aiwanger als „Gestalter der Stadthalle“ gelobt, bezeichnete den Bundesparteitag „als Lohn unserer Arbeit“. Der Kreis Groß-Gerau sei Vorreiter des europäischen Gedankens. 1955 sei die Kreisstadt Mitglied im Rat der Gemeinden Europas geworden, sie habe mehrere europäische Auszeichnungen bekommen. Europa müssen von unten zusammenwachsen, die Politik müsse sich an den Bedürfnissen der Bürger orientieren, forderte er.

Kinkel würde die Freien Wähler nach der nächsten Wahl gern im hessischen Landtag sehen und hofft sogar auf eine Regierungsbeteiligung, falls andere Mehrheiten schwierig würden. „Wir bieten uns an.“

Der Bundesvorsitzende Aiwanger kritisierte Bestrebungen, bei der Europawahl Hürden für kleinere Parteien aufzubauen. „Wir Freien Wähler lassen uns nicht durch solche Klauseln aussperren.“ Der Bundesvorstand werde alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, sollte es zu solchen Hürden kommen.

Zur aktuellen Flüchtlingsdebatte sagte Aiwanger, gebraucht werde dringend ein gemeinsames europäisches Vorgehen und keine nationalen Alleingänge.